

DEUTSCH TSCHECHISCHE NACHRICHTEN

Nr. 53

19. September 2003

1,50 Euro

VERTREIBUNGSZENTRUMSPÄNE IN DER KRITIK

Aufgeklärter Diskurs statt revanchistischem Zentrum

Mit zunehmendem Alter schärft sich das Langzeitgedächtnis. Langvergangenes tritt wieder hervor, will neu betrachtet und eingeordnet werden. Das gilt auch für die Erfahrungen derjenigen Deutschen, die nach dem 2. Weltkrieg aus den ehemaligen Ostprovinzen des Deutschen Reiches und den östlichen Nachbarländern ausgewiesen wurden. Ein solcher Rückblick kann zu positiven Einsichten führen, zur Erkenntnis eigener Verantwortung, zu Verständnis für die andere Seite, zu Solidarität und einem gemeinsamen „Nie wieder!“

Tragischerweise müssen sich die Menschen, von denen hier die Rede ist, immer wieder dagegen wehren, dass Andere sich ihrer Erinnerungen bemächtigen und sie als Wasser auf die Mühlen der Ewig-Uneinsichtigen missbrauchen. Ein schlimmes Beispiel dafür bietet die Rede von Bundespräsident Johannes Rau beim „Tag der Heimat“ des Bundes der Vertriebenen (BdV) am 6. September in Berlin.

Rau zitiert darin zunächst erschütternde Berichte und Erinnerungen von Flüchtlingen und Umgesiedelten. Anschließend bestätigt das Staatsoberhaupt höchstpersönlich die im BdV gängige Gleichsetzung von Nazi-Verbrechen mit Maßnahmen, die eine Wiederholung solcher Verbrechen bis heute unmöglich gemacht haben: Die Erkenntnis von Hitlers Untaten, so Rau, „zeichnet niemanden von der Verantwortung für eigenes Handeln frei – nicht die, die Hitler die Hand zum Münchener Abkommen reichten und nicht die Konferenzteilnehmer von Teheran, Jalta und Potsdam; nicht die, die in Mittel- und Osteuropa erst mit den Deutschen gemeinsam die Juden entrechteten, danach die Deutschen, und auch

nicht jene, die schon im Exil jahrelang die Vertreibung planten (gemeint ist Präsident Beneš – DTN). Hitlers verbrecherische Politik entlastet niemanden, der furchtbares Unrecht mit furchtbarem Unrecht beantwortet hat.“

Dieselbe falsche Gleichsetzung liegt der Idee eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ zugrunde. Die Originalpläne des BdV und die „europäische“ Modifikation („Meckel-Aufruf“) stimmen in diesem gefährlichen Irrtum überein. Ungeachtet mancher Unterschiede kann daher der Meckel-Aufruf nicht als Gegenposition zum BdV-Projekt betrachtet werden.

Seit Anfang September liegt eine wirkliche Gegenposition vor. Der Aufruf „Für einen kritischen und aufgeklärten Vergangenheitsdiskurs“ (s. Seite 4) wurde von Hans Henning und Eva Hahn, Alexandra Kurth, Samuel Salzborn und Tobias Weger initiiert. Unter den 116 Erstunterzeichnern aus 12 Ländern finden sich neben zahlreichen renommierten Wissenschaftlern und Künstlern u.a. auch die Namen des letzten lebenden Anführers des Warschauer Ghetto-Aufstands von 1943, Marek Edelman, des ehemaligen polnischen Außenministers Bronislaw Gerek, des Chefredakteurs der polnischen Gazeta Wyborcza Adam Michnik, des Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Prag Tomáš Jelínek sowie des Direktors der Gedenkstätte Terezín (Theresienstadt) und Vorsitzenden der Föderation der Jüdischen Gemeinden der Tschechischen Republik, Jan Munk.

Die Erinnerung der Vertreibung, so der Aufruf, habe „ihren legitimen Ort im individuellen Gedenken der Menschen, fest verwurzelt in einer pluralen und kontroversen Erinnerungslandschaft der Bun-

In dieser Ausgabe:

Gewerkschaftsverbände machen mobil ...	3
<i>Vertreibungszentrum:</i>	
Aufruf	4
Dialog mit jüdischen Opfern vermieden ..	6
Schröder-Besuch in Prag	7
SZ-Interview mit Vladimír Špidla	8
Aus einem Artikel des polnischen Staatspräsidenten Alexander Kwasniewski	10
Nazis planen Anschlag auf Jüdisches Zentrum in München	11
65 Jahre nach dem Diktat von München	13
Sebnitz: Ein Fest an der Grenze	13
Abschied von Věra Picková	
Der Löffel – Erzählt von Věra Picková ...	14
Schönen Sonntag mit Pan Tau	16

Potsdam und Versailles

In scharfer Form hat der polnische Staatspräsident Kwasniewski vor Bestrebungen in Deutschland gewarnt, einigen Bestimmungen des Potsdamer Abkommens die Rechtmäßigkeit abzuspüren. Wer die Umsiedlung der Deutschen als „Unrecht“ bezeichne und damit die Grundlage der europäischen Nachkriegsordnung in Frage stelle, öffne „die Büchse der Pandora“, so Kwasniewski in einem Beitrag für die polnische Tageszeitung Rzeczpospolita. „Es muss daran erinnert werden“, schreibt der polnische Staatspräsident, „womit die Schwierigkeiten auf unserem Kontinent begonnen haben, die letztlich zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges führten: mit der Untergrabung des Versailler Vertrages.“
Siehe Seite 10

desrepublik“. Hier aber „soll ein zentrales Mahnmal entstehen, mitgetragen aus öffentlichen Mitteln und abgesichert durch staatliche Weihen. Ein Zentrum, das ein einheitliches Geschichtsbild etablieren und durchsetzen soll“.

Die Unterzeichner des Aufrufs sehen darin die Gefahr einer „staatlich sanktionierten Umdeutung der Vergangenheit“, einer „Negation des ursächlichen Zusammenhangs von NS-Volkstums- und Vernichtungspolitik auf der einen und Flucht und Vertreibung der Deutschen auf der anderen Seite“ sowie einer „Ethnisierung von gesellschaftlichen Konflikten, also der Umdeutung von politischen und sozialen Kontroversen in ethnische – und damit der Zementierung eines völkischen Verständnisses von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“.

Anstelle eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ plädieren sie für eine europäische Aufarbeitung der Vergangenheit, die sich auf einen pluralen, kritischen und aufgeklärten Diskurs gründet. Wir wünschen dem Aufruf viele Unterstützer. ■

Für einen kritischen und aufgeklärt

Kaum eines Themas wurde in der Geschichte der Bundesrepublik so umfassend erinnert und gedacht wie der Flucht und Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg. In fast jeder deutschen Stadt steht ein Gedenkstein, fast überall erinnern lokale Mahnmale an diesen Teil der deutschen Geschichte. Die wissenschaftliche Forschung zum Thema war von Beginn an umfangreich, wie auch die literarische Verarbeitung und die öffentliche Auseinandersetzung.

Ungeachtet dessen steht das Thema Flucht und Vertreibung heute wieder auf

der politischen Agenda. Ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ soll entstehen, in dem Erinnern und Gedenken ihren Platz bekommen sollen.

Die Erinnerung der Vertreibung hat ihren legitimen Ort im individuellen Gedenken der Menschen, fest verwurzelt in einer pluralen und kontroversen Erinnerungslandschaft der Bundesrepublik. Bei der aktuellen Forderung geht es aber um etwas anderes: Hier soll ein zentrales Mahnmal entstehen, mitgetragen aus öffentlichen Mitteln und abgesichert durch staatliche Weihen. Ein Zentrum, das ein

einheitliches Geschichtsbild etablieren und durchsetzen soll.

Die große Gefahr, die dieses Ansinnen in sich birgt, besteht in einer staatlich sanktionierten Umdeutung der Vergangenheit, ja einer Revision der Geschichte und der Torpedierung eines auf europäischen Dialog angelegten gesellschaftlichen und politischen Diskurses.

Wir sagen es mit aller Deutlichkeit: Ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ würde der kritischen Aufarbeitung der Vergangenheit nicht nutzen, könnte aber statt dessen die unterschiedlichen Erfahrungen

ERSTUNTERZEICHNER/INNEN: **Alexander, Prof. Dr. Manfred**, Seminar für Osteuropäische Geschichte, Universität zu Köln / D • **Bednář, Doc. PhDr. Miloslav** CSc., Institut für Philosophie der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik, Prag / CZ • **Borzyszkowski, Prof. Dr. Józef**, Historiker, Universität Gdansk, Präsident des Kaschubischen Institut, Gdansk / PL • **Brown, Dr. Martin D.**, Historiker, The American International University in London / UK • **Brumlik, Prof. Dr. Micha**, Institut für Allgemeine Erziehungswissenschaft, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt/Main, D • **Bruns, Birgit**, Akademisches Auslandsamt, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg / D • **Buchholz, Prof. Dr. Werner**, Lehrstuhl für die Geschichte Pommerns, Universität Greifswald / D • **Burleigh, Prof. Michael, William Kenan**, Professor für Geschichte, Universität Washington & Lee, Virginia / USA • **Butterwegge, Prof. Dr. Christoph**, Abteilung für Politikwissenschaft, Universität zu Köln / D • **Čelovský, Bořivoj**, Historiker, Ostrava / CZ • **Cegielski, Prof. Dr. Tadeusz**, Historisches Institut, Universität Warschau / PL • **Cetnarowicz, Prof. Dr. Antoni**, Institut für Geschichte, Jagiellonische Universität Krakau / PL • **Chiba, Toshiyuki** M. A., Wissenschaftlicher Assistent für mittelalterliche Geschichte Ostmitteleuropas, Institut für Okzidentalische Geschichte, Universität Tokio / Japan • **Čornejová, Doc. PhDr. Ivana** CSc., Historikerin, Institut für die Geschichte der Karls-Universität, Prag / CZ • **Czaplinski, Prof. Dr. Marek**, Historiker, Universität Wrocław / PL • **Demetz, Peter**, Germanist, Sterling Professor em. für deutsche und vergleichende Literaturwissenschaft, Yale University, New Haven / USA • **Derwich, Prof. Dr. habil. Marek**, Historisches Institut, Universität Wrocław / PL • **Dmitrów, Prof. Dr. Edmund**, Historiker, Polnische Akademie der Wissenschaften, Berlin / PL, z. Zt. D • **Dvořáková, doc. PhDr. Vladimíra**, Chief of the Department of Political Science, University of Economics, Prague / CZ • **Edelman, Dr. med. Marek**, letzter lebender Anführer des Warschauer Ghetto-Aufstands 1943, Lodz / PL • **Fahlbusch, Dr. Michael**, Wissenschaftshistoriker, Mitherausgeber des Handbuchs zur völkischen Wissenschaft in Deutschland 1920-1960, Basel / CH • **Friedrich, Dr. Karin**, Historikerin, Lecturer der School of Slavonic and East European Studies, University of London / UK • **Garsztecki, Dr. Stefan**,

Historiker, Seminar für Ost- und Mitteleuropäische Studien, Universität Bremen / D • **Gärtner, Prof. Dr. Reinhold**, Institut für Politikwissenschaft, Universität Innsbruck / A • **Geremek, Prof. Dr. Bronislaw**, Historiker, Warschau / PL • **Górecki, Prof. Piotr**, Historiker, University of California, Riverside / USA • **Haar, Dr. Ingo**, Historiker, Institut für Sozialwissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin, Mitherausgeber des Handbuchs zur völkischen Wissenschaft in Deutschland 1920-1960 / D • **Hahn, Dr. Eva**, Historikerin, ehem. wissenschaftliche Mitarbeiterin des Collegium Carolinum im Sudetendeutschen Haus München, Oldenburg / D • **Hahn, Prof. Dr. Hans Henning**, Institut für Geschichte, Carl v. Ossietzky Universität Oldenburg, Mitglied des Präsidiums der Gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission der Historiker und Geographen, Oldenburg / D • **Härtling, Peter**, Schriftsteller, Mörfelden-Waldorf / D • **Hartmann, Béla**, Konzertpianist, Trinity College London / UK • **Haumann, Prof. Dr. Heiko**, Historiker, Universität Basel / CH • **Hautmann, Prof. Dr. Hans**, Vorstand des Instituts für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte, Johannes Kepler Universität Linz / A • **Holzer, Prof. Dr. Jerzy**, Historiker, Direktor des Instituts für politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften (PAN), Warschau / PL • **Hroch, Prof. Dr. Miroslav**, Historiker, Karls-Universität Prag / CZ • **Hübinger, Prof. Dr. Gangolf**, Historiker, Universität Viadrina Frankfurt/Oder, D • **Huelle, Pawel**, Schriftsteller und Publizist, Gdansk / PL • **Iggers, Prof. Georg G.**, Historiker, Buffalo / USA • **Iggers, Prof. Wilma A.**, Historikerin, Buffalo / USA • **Jablowska, Prof. Dr. Joanna**, Germanistin, Universität Lodz / P • **Jacobmeyer, Prof. Dr. Wolfgang**, Institut für Didaktik der Geschichte, Universität Münster / D • **Jansen, HD Dr. Christian**, Historisches Institut, Ruhr-Universität Bochum / D • **Jelínek, Tomáš**, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde in Prag / CZ • **Kappeler, Prof. Dr. Andreas**, Historiker, Universität Wien / A • **Kodíčková, Hannah**, Regisseurin / Drehbuchautorin, Prag-London / CZ-UK • **Koenigsmark, Alex**, Filmregisseur und Schriftsteller, Prag / CZ • **Kolenda, Prof. Dr. med. Klaus-Dieter**, Chefarzt, Ostsee-Klinik Holm-Schönberg, Schönberg / D • **Kozacki, Prof. Dr. Leon**, Geograph, Präsident der Posener Gesellschaft der Freunde der Wissenschaften, Poznan / PL • **Kraiker, Prof. Dr. Gerhard**, Institut für Po-

litikwissenschaft, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg / D • **Kreutzberger, Dr. Wolfgang**, Akademischer Direktor, Institut für Politische Wissenschaft, Universität Hannover / D • **Król, Prof. Dr. Eugeniusz Cezary**, Historiker und Politologe, Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Warschau, z. Zt. Berlin / PL-D • **Krovoza, Prof. Dr. Alfred**, Institut für Soziologie und Sozialpsychologie, Universität Hannover / D • **Kulczycki, Prof. John J.**, Historiker, University of Illinois at Chicago / USA • **Kunc, doc. PhDr. Jiří**, CSc., Institute of Political Science, Charles University, Prague / CZ • **Kunicki, Prof. Dr. Wojciech**, Institut für Germanische Philologie, Universität Wrocław / PL • **Kuras, Benjamin**, Schriftsteller und Publizist, London / UK • **Kurnatowska, Prof. Dr. Zofia**, Institut für Archäologie und Ethnologie der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Poznan / PL • **Kurnatowski, Prof. Dr. Stanislaw**, Institut für Archäologie und Ethnologie der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Poznan / PL • **Kurth, Dr. des. Alexandra**, Sozialwissenschaftlerin, Institut für Soziologie, Universität Giessen / D • **Labuda, Prof. em. Dr. Gerard**, Historiker, Universität Poznan, ehem. Präsident der Polnischen Akademie der Wissenschaften (PAU), Krakau und Stellvertretender Präsident der Polnischen Akademie der Wissenschaften (PAN), Warschau, ehem. Rektor der Universität Poznan / PL • **Lawaty, Dr. Andreas**, Historiker, Lüneburg / D • **Leciejewicz, Prof. Dr. Lech**, Archäologe, Universität Wrocław / PL • **Legocki, Prof. Andrzej B.**, Biologe, Präsident der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Warschau / PL • **Lehmann, Prof. Dr. Hartmut**, Direktor des Max-Planck-Instituts für Geschichte, Göttingen / D • **Lesniewska, Dr. Dorota**, Institut für Slavistik der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Poznan / PL • **Liebetruth, Dr.-Ing. Martin**, Ruhrgas AG, Dorsten / D • **Liebhart, Dr. Karin**, Wien / A • **Madajczyk, Prof. Dr. Piotr**, Historiker, Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Warschau / PL • **Mark, Dr. Rudolf**, Historiker, Lüneburg / D • **Michnik, Adam**, Chefredakteur der Zeitung Gazeta Wyborcza, Warschau / PL • **Müller, Prof. Richard**, Politikwissenschaftler, Dean, College of Arts and Sciences, State University of West Georgia, Carrollton, Georgia / USA • **Modzelewski, Prof. Dr. Karol**, Historiker, Universität Warschau / PL • **Müller**,

Initiator(inn)en: Hans Henning Hahn, Eva Hahn, Alexandra Kurth, Samuel Salzborn und Tobias Weger. Kontakt: H.salzborn@sowi.uni-giessen.de). Im Internet unter <http://www.vertreibungszentrum.de> (deutsch, englisch, tschechis

en Vergangenheitdiskurs

der europäischen Nationen in Frage stellen und damit die europäische Integration behindern. Mehr noch: Aller mühsam erarbeitete Fortschritt beim Bau eines gemeinsamen Hauses Europa könnte gefährdet werden.

Dabei sehen wir vor allem zwei Gefahren in historischer und politischer Dimension. Historisch betrachtet droht eine Entkontextualisierung der Vergangenheit, die Negation des ursächlichen Zusammenhangs von NS-Volkstums- und Vernichtungspolitik auf der einen und Flucht und Vertreibung der Deutschen

auf der anderen Seite. Die politische Gefahr besteht insbesondere in der Ethnisierung von gesellschaftlichen Konflikten, also der Umdeutung von politischen und sozialen Kontroversen in ethnische – und damit der Zementierung eines völkischen Verständnisses von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

Statt über Details eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ zu debattieren, sollte eine europäische Aufarbeitung der Vergangenheit sich auf einen pluralen, kritischen und aufgeklärten Diskurs gründen.

Gerolstein, 10. August 2003

Prof. Dr. Michael G., Historiker, deutscher Vorsitzender der Gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission der Historiker und Geographen, Universität Halle-Wittenberg / D • **Müller-Doohm, Prof. Dr. Stefan**, Institut für Soziologie, Carl von Ossietzky Universität, Oldenburg / D • **Munk, PhDr. Jan**, Direktor der Gedenkstätte Terezín (Theresienstadt), Vorsitzender der Föderation der Jüdischen Gemeinden der Tschechischen Republik / CZ • **Musil, Prof. PhDr. Jiří**, Demograph und Soziologe, Karls-Universität Prag, ehem. Präsident European Sociological Association, Mitglied der Academia Europea (London), The World Academy of Art and Science (USA) und Academia Scientiarum et Artium Europaea (Wien), ehem. Präsident der T. G. Masaryks Tschechischen Soziologischen Gesellschaft, Prag / CZ • **Nikžentaitis, Prof. Dr. Alvydas**, Direktor des Instituts für die Geschichte Litauens, Litauische Akademie der Wissenschaften, Vilnius / LT • **Nyberg, Prof. em. Dr. phil. Dr. teol. h.c. Tore**, Historiker, Odense / DK • **Orlowski, Prof. Dr. Hubert**, Germanist, Adam-Mickiewicz-Universität, Poznan, Korrr. Mitglied der Polnischen Akademie der Wissenschaften / PL • **Pehle, Dr. Walter H.**, Fischer Taschenbuch Verlag, Lektorat Geschichte, Zeitgeschichte, Europäische Geschichte, Frankfurt/Main, D • **Pelinka, Prof. Dr. Anton**, Institut für Politikwissenschaft, Universität Innsbruck / A • **Pepper, Jens**, Kunsthändler, Berlin / D • **Peters, Prof. Dr. Helge**, Institut für Soziologie, Carl v. Ossietzky Universität Oldenburg / D • **Petrin, Nicole**, Linguistin und Historikerin, Toronto / Canada • **Piskorski, Prof. Dr. Jan Maria**, Historiker und Verleger, Professor für Europäische Geschichte an der Universität Szczecin, Stellvertretender Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission der UNESCO, Gastprofessor der Universitäten Mainz und Halle / PL • **Popa, Klaus**, Germanist, VHS Hochsauerland / D • **Popielarz, mgr inż. Leon**, Journalist und Filmproduzent, Telewizja Polska S.A. Abteilung Szczecin / PL • **Rataj, doc. PhDr. Jan**, CSc., Department of Political Science, University of Economics, Prague / CZ • **Raphael, Prof. Dr. Lutz**, Historiker, Universität Trier / D • **Rzetelska-Feleszko, Prof. Dr. Ewa**, Linguistin, Generalsekretärin der Warschauer wissenschaftlichen Gesellschaft, ehem. Direktorin des Instituts für Slawistik der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Warschau / PL • **Salzborn, Samuel**, Dipl.-Sozialwissenschaftler, Institut für Poli-

tikwissenschaft, Universität Giessen / D • **Scharff, Jörg**, Psychoanalytiker, Kronberg i. Ts / D • **Scholze, Prof. Dr. Dietrich**, Slawist, Direktor des Sorbischen Instituts, Bautzen / D • **Semler, Christian**, Publizist, die tageszeitung, Berlin / D • **Šiklová, PhDr. Jiřina CSc.**, Soziologin, Karls-Universität, Prag / CZ • **Smelser, Prof. Ronald**, Historiker, University of Utah, Salt Lake City / USA • **Stránský, Oldřich**, Mitglied des Deutsch-Tschechischen Gesprächsforums und Vorsitzender der Vereinigung befreiter politischer Häftlinge beim Bund der Freiheitskämpfer, Prag / CZ • **Szmajda, Dr. Piotr**, Präsident des Verlags Sorus, Poznan / PL • **Taegeer, Prof. Dr. Angela**, Institut für Geschichte, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg / D • **Tazbir, Prof. Dr. Janusz**, Historiker, Polnische Akademie der Wissenschaften, Warschau / PL • **Tolan, Prof. John**, Professor für Mittelalterliche Geschichte, Université de Nantes / F • **Traba, Dr. Robert**, Historiker, Präsident der Gesellschaft „Borussia“ und Herausgeber der Zeitschrift „Borussia“, Olsztyn, Institut für politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Warschau / PL • **Trojanowicz, Prof. Dr. Zofia**, Literaturhistorikerin für polnische Philologie, Adam-Mickiewicz-Universität, Poznan / PL • **Trojanowicz, Dr. med. Roman**, Facharzt, Poznan / PL • **Třeštík, Dr. Dušan**, Zentrum der mediaevistischen Studien der Karls-Universität und der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik, Prag / CZ • **Urban, Dr. Susanne**, Historikerin, freie Autorin und Ausstellungskuratorin, Frankfurt/Main, D • **Wagnerová, Dr. Alena**, Schriftstellerin und Publizistin, PEN Mitglied, oral-history Zentrum Saarbrücken-Prag / D-CZ • **Weger, Tobias M.A.**, Historiker, Görlitz / D • **Włodarczyk, Prof. Dr. Edward**, Direktor des Instituts für Geschichte, Universität Szczecin / PL • **Wolf, Gerhard**, Politologe, Berlin / D • **Wolff-Poweska, Prof. Dr. Anna**, Historikerin, Direktorin des Institut Zachodni (Westinstitut) Poznan / PL • **Worbs, Prof. Dr. Erika**, Sprachwissenschaftlerin, Universität Mainz, Gernersheim / D • **Wyrozumski, Prof. Dr. Jerzy**, Historiker, Generalsekretär der Polnischen Akademie der Wissenschaften Krakau (PAU), Krakau / PL • **Zernack, Prof. em. Dr. Dr. h. c. Klaus**, Historiker, Friedrich Meinecke Institut, Freie Universität Berlin / D • **Zybura, Prof. Dr. Marek**, Germanist, Universität Opole / PL • **Zylinski, Prof. Dr. Leszek**, Germanist, Universität Torun / PL

DTN

Deutsch-Tschechische
Nachrichten

Dossier

Nr. 2 Juni 2003

Neu im Juni 2003:

DTN-Dossier Nr. 2

Sudetendeutsche Kapitel

Studie zu Ursprung und
Entwicklung der sudetendeut-
schen Anschlussbewegung

Von **Emil Hruška**

In seiner neuen Studie zeigt der tschechische Publizist Emil Hruška auf, ab wann und warum die deutschsprachigen Einwohner der böhmischen Länder einen gemeinsamen Namen brauchten und welche konzeptionellen Folgerungen sich daraus ergaben. Er befasst sich mit der Persönlichkeit Konrad Henleins und mit den organisatorischen und ideologischen Ursprüngen der Sudetendeutschen Partei sowie den Auseinandersetzungen in ihr. Das letzte Kapitel berichtet über die Wühltätigkeit der sudetendeutschen Irredenta am Vorabend des zweiten Weltkriegs. Mit 50 Seiten Dokumentenanhang.

125 Seiten, Preis: 5,00 Euro,
Bestellungen an:
GNN-Verlag, Neuer Kamp
25

20359 Hamburg

Tel. 040-43 18 88 20

Fax: 040-43 18 88 21

e-Mail:

gnn-hhsh@hansenet.de

ans Henning Hahn (eMail: hhhahn@gmx.de) oder Samuel Salzborn (eMail: samuel.ch, polnisch). Dort besteht auch die Möglichkeit, den Appell zu unterstützen.

Den Dialog mit jüdischen Opfern vermieden

In den deutsch-tschechischen Beziehungen fehlt die Bereitschaft der Sudetendeutschen, sich aus ihrer Vergangenheit zu lösen

Von Tomáš Jelínek

Sich über die deutsch-tschechischen Beziehungen zu äußern, ist in Tschechien kein einfaches Unterfangen. In den Medien werden prinzipiell nur zwei Sichtweisen kolportiert: Entweder kommen die Befürworter der sogenannten Sudetendeutschen zu Wort, oder die Verteidiger der nationalen Interessen, die den Begierden der deutschen Revanchisten schon an der Staatsgrenze mit den Beneš-Dekreten wehren. Eine derart polarisierte Diskussion bietet für die Gestaltung der deutsch-tschechischen Beziehungen keine Perspektive. Dabei versteht der Großteil der deutschen Öffentlichkeit dieses Thema überhaupt nicht. Es gerät in Deutschland nur dann in die Schlagzeilen, wenn sich wieder einmal ein maßgeblicher tschechischer Politiker scharf genug dazu äußert.

Die tschechische Öffentlichkeit sieht sich dagegen all zu oft mit den Aussagen sudetendeutscher Vertreter konfrontiert, die ihrerseits in Deutschland oder Österreich eine marginale Rolle spielen.

Deborah Lipstadt macht in ihrem Buch „Leugnen des Holocaust“ auf die in Tschechien wenig bekannte Tatsache aufmerksam, dass es Kanzler Helmut Kohl war, der als einer der ersten Politiker versucht hat, das nationalsozialistische Deutschland in einem neuen und besseren Licht darzustellen. Kohl hatte den amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan zu einer feierlichen Kranzniederlegung nach Bitburg eingeladen. Auf dem dortigen Soldatenfriedhof sind auch gefallene SS-Angehörige begraben. Im Sinne von Kohls Berater Michael Stürmer – die „deutsche Schuldbesessenheit“ wirke sich verheerend auf den Nationalstolz der Deutschen aus – ging es um den Versuch, die Kriegsgeschichte im Verhältnis zu den Alliierten zu normalisieren. Im gleichen Trend liegt heute Erika Steinbach, die Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen.

Reparationen noch schuldig

Kohls Versuch, das moderne Deutschland von der Verantwortung für den Nationalsozialismus zu befreien, war auch bei den Verhandlungen über die deutsch-tschechische Erklärung deutlich zu erkennen.

So wollten die deutschen Unterhändler nicht über die Kompensation für NS-Opfer sprechen. Das vereinigte Deutschland suchte ein neues Image. Die Kohl-Regierung lehnte eine Entschädigung, vergleichbar mit der von NS-Opfern in den

westlichen Ländern, ab und wollte statt direkter Zahlungen humanitäre Projekte nur für die am schwersten geschädigten Opfer durchsetzen. Schließlich kam es dann anders – vor allem durch den Druck privater Klagen in den USA und dank des Beitrags eines Teils der deutschen Linken.

Ende des vergangenen Jahrhunderts begann die neue Berliner Regierung in Zusammenarbeit mit der deutschen Industrie für einen weiteren Kreis von NS-Opfern individuelle Entschädigungen auszuhandeln, vor allem für Betroffene aus den Ländern, die einst hinter dem Eisernen Vorhang lebten. Zudem wurden auch Zwangsarbeit und Vermögensschäden einbezogen. Dieser relative Erfolg bei der Entschädigung löst bei einigen den Eindruck aus, Deutschland sei seinen Verpflichtungen zur Genüge nachgekommen und man könne jetzt über eine Form der Entschädigung von tschechischer Seite für „Härfälle der Opfer unter den Sudetendeutschen“ reden.

Es muss wohl daran erinnert werden, dass Deutschland bislang an den tschechischen Staat oder an dessen geschädigte Bürger keine Reparationen für Kriegsschäden gezahlt hat. Die Mittel, die in den letzten Jahren als Entschädigung gezahlt wurden, sind nur ein Bruchteil der berechtigten Ansprüche.

Nun sehen wir auch in Tschechien, wie die moralischen Unterschiede zwischen Okkupation und Abschub verwischt werden. Ivo Slavík behauptet in einem Beitrag für die Tageszeitung „Mladá Fronta Dnes“ (14.7.), dass die Beneš-Dekrete eine barbarische Reaktion auf eine barbarische Ungerechtigkeit unter dem nationalsozialistischen Regime im Protektorat gewesen seien. Ich erlaube mir die Bemerkung, dass ich persönlich unsagbar dankbar wäre, hätte nur eine „barbarische Verschleppung der tschechischen Juden“ statt gefunden. Slavík und andere schlagen vor, dass Tschechien guten Willen zeigen und die Dekrete aufheben solle.

1995 hat sich das Verfassungsgericht mit dem Fall Dreithaler befasst. Dabei ging es um Vermögensansprüche der Nachfahren eines Deutschen aus Liberec, der nicht abgeschoben wurde. Es wurde der Vorschlag unterbreitet, die Beneš-Dekrete aufzuheben. Dieser wurde mit der Begründung abgelehnt, dass die Dekrete zu der Zeit, als sie erlassen wurden, legitim und legal waren. Ihre Aufhebung würde zu einer Infragestellung des Prinzips der Rechtssicherheit führen. Aber das Verfassungsgericht hob zugleich das Urteil des

Bezirksgerichts auf, in dem das Beneš-Dekret über die Konfiszierung von feindlichem Eigentum falsch interpretiert wurde. Das Urteil hatte nicht respektiert, dass sich dieses Dekret nicht auf Personen deutscher Nationalität bezog, die nicht abgeschoben worden waren. Ähnlich wie auch im Fall einiger jüdischer Restitutionsen zeigte sich, dass zur Herstellung der Gerechtigkeit die betreffenden Dekrete konsequent angewendet und nicht aufgehoben werden müssen. In den Medien wird völlig zu Recht über tragische Schicksale von Deutschen während des Abschubs diskutiert, die Opfer krimineller Taten von Tschechen wurden. Diese Fälle müssen ordentlich untersucht werden. Die tschechische Öffentlichkeit muss sie kennen und dazu einen Standpunkt einnehmen. Auf die Gräber der Toten muss ein Grabstein gesetzt werden, wie das in der zivilisierten Welt üblich ist. Doch es scheint mir sehr eigennützig, diese Erwägungen nur auf das Thema des Abschubs zu konzentrieren. Die tschechische Gesellschaft sollte sich mit dem jüden- und romafeindlichen Charakter der Zweiten Republik (Herbst 1938 bis Frühjahr 1939) auseinandersetzen. Man sollte über Kollaboration sprechen und über Versuche, sich an der Arisierung während des Protektorats zu bereichern.

Tief in der Vergangenheit

Die kleine jüdische Gemeinde in Tschechien engagiert sich schon seit Beginn der neunziger Jahre für die deutsch-tschechischen Beziehungen. Zahlreiche ehemalige KZ-Häftlinge arbeiten mit deutschen Schulen zusammen. Die Jüdischen Gemeinden unterhalten Kontakte zu Gruppen von evangelischen Christen aus Deutschland. Junge Freiwillige aus Deutschland arbeiten in Sozialprojekten für ehemalige Häftlinge. Jüdische Organisationen haben in dieser Zeit freundschaftliche Beziehungen zu vielen deutschen Politikern und Persönlichkeiten geknüpft. Gemeinsame Interessen und gegenseitiger Respekt sind die Grundlage für die Entwicklung dieser Beziehungen in der Zukunft. Sudetendeutsche Organisationen haben sich in den letzten Jahren nicht zu Wort gemeldet. So war es nicht möglich, weder über die Vertreibung der Juden aus dem besetzten Grenzgebiet und die Kristallnacht, noch über eine mögliche Zukunft unserer Beziehungen zu sprechen. Sie haben sich nicht gemeldet, weil sie immer noch in der Vergangenheit leben. ■

Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft

Am 5. September besuchte der deutsche Bundeskanzler Prag. Es war der erste Staatsbesuch seit jener Absage vom März 2002, mit der Schröder seinen damaligen Amtskollegen und Parteifreund Zeman dafür strafte, dass dieser sich sehr geradeheraus – und wahrheitsgetreu – über die Rolle der sudetendeutschen Minderheit im Zusammenhang mit der Nazi-Okkupation („fünfte Kolonne Hitlers“) geäußert hatte. Im Vorfeld des jetzigen Besuchs stellten beide Seiten ihre Positionen noch einmal klar.

Schröder sprach von dem „Unrecht, das den Deutschen widerfahren ist“, wollte dies aber nicht unter Ausblendung der historischen Ursachen „allzu einseitig ... in den Vordergrund der Debatte über Vertreibungen“ gerückt sehen und sprach sich daher gegen den Standort Berlin für ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ aus. Zeman Nachfolger, der tschechische Premier Vladimír Špidla (ebenfalls ČSSD), bezeichnete in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung den Transfer der Sudetendeutschen erneut als „aus heutiger Sicht unannehmbar“, hob aber gleichzeitig hervor, dass er damals Teil der Maßnahmen der Alliierten zur Sicherung des europäischen Friedens – und als solcher erfolgreich – war (Interview siehe Seite 8).

Bei den Gesprächen der beiden Regierungschefs spielte das Thema nicht ausdrücklich eine Rolle. Schröders Reise diene vielmehr der Vorbereitung der EU-Regierungskonferenz, die Anfang Oktober in Rom beginnt und bis zum Gipfel im Dezember den vorliegenden Verfas-

sungsentwurf des EU-Konvents für die Europäische Union nach ihrer Erweiterung auf 25 Mitgliedsländer verabschieden soll. Hier gibt es schwerwiegende Differenzen zwischen Berlin und Prag. Die deutsche Regierung drängt heftig darauf, dass der Entwurf unverändert abgesegnet wird. Tschechien dagegen befürchtet eine allzu krasse Machtverschiebung zugunsten der Großen und besteht, gemeinsam mit 14 weiteren kleineren und mittleren EU-Mitglieds- und Beitrittsländern, auf der Möglichkeit, über einige Punkte zu diskutieren und Veränderungen vorzunehmen. Auf Einladung Tschechiens und Österreichs kamen daher am 1. September in Prag hochrangige Vertreter der 15 „gleichgesinnten“ Länder zu informellen Beratungen über ein gemeinsames Vorgehen in Rom zusammen. Den Zweck des Treffens beschrieb der stellvertretende tschechische Außenminister Jan Kohout, einer der Hauptinitiatoren, so: „Niemand von uns will, dass eines der größeren Mitgliedsländer das Gefühl hat, hier würde ein Block gegen irgend jemand anderen entstehen. In unserem Sinne ist es, Lösungen zu finden, die akzeptabel sind. Damit meinen wir: Wenn für die kommenden Monate der politische Wille ausschlaggebend ist, dann haben wir hier versucht, Fragen zu definieren. Fragen, zu deren Beantwortung dieser politische Wille eben nötig sein wird.“ (Radio Prag, 2.9.03)

In Berlin geht der politische Wille in andere Richtung. Wenige Tage vor dem angesetzten Termin warnte Joschka Fischer bei einem Besuch im Prager Außenministerium davor, das „Paket“ des Verfassungsentwurfs noch einmal „aufzuschneiden“. Mit dem gefundenen Kompromiss könnten alle leben, auch wenn keiner damit wirklich zufrieden sei. Eine Ablehnung des Entwurfs sei „unakzeptabel“, sagte Fischer, konnte aber damit in Prag keinen Blumentopf gewinnen. Zwei

Tage später – und drei Tage vor dem Prager Treffen der „Gleichgesinnten“ – erklärte Fischer, er werde nicht für den Posten eines EU-Außenministers kandidieren. Offensichtlich sollten Befürchtungen zerstreut werden, der im Verfassungsentwurf vorgesehene Posten diene vor allem der Durchsetzung deutscher Außenpolitik auf europäischer Ebene.

Die Vertreter der 15 beharrten dennoch



auf ihren Forderungen. In ungewohnter Einmütigkeit mit den tschechischen Gastgebern erklärte der Presseattaché der österreichischen Botschaft in Prag, Gregor Schusterschitz: „Es wurde auch vom Europäischen Rat in Griechenland festgehalten, dass die Ergebnisse des Konvents eine gute Basis für weitere Diskussionen sind. Und es ist natürlich klar, dass dies kein fest zugeschnürtes Paket ist – sonst bräuhete man auch keine Regierungskonferenz – sondern dass die einzelnen Staaten über die Punkte, die ihnen wichtig sind, durchaus noch diskutieren sollen und auch dürfen.“ (Radio Prag, 2.9.03)

Die Differenzen zwischen Berlin und Prag in dieser Frage waren der Inhalt der Gespräche zwischen Schröder und Špidla am 5. September. Darüber konnten die medienwirksam zelebrierten beiderseitigen Beteuerungen, die Beziehungen zwischen beiden Ländern seien so gut wie nie, nicht hinwegtäuschen.

Daniel Brössler, Prager Korrespondent der Süddeutschen Zeitung, kommentierte das so: „Solche Meinungsverschiedenheiten sind kein Anlass zur Sorge. Im Gegenteil: Wenn Deutsche und Tschechen nicht mehr über die Vergangenheit rechten, sondern über die Machtverteilung in der EU, dann hat die Ära echter Partnerschaft begonnen.“

Dem wäre zu erwidern: Wenn Prag sich heute selbstbewusst dafür einsetzen kann, dass Deutschlands Streben nach Dominanz in Europa Grenzen gesetzt und die Rechte der kleineren und mittleren Länder respektiert werden, dann ist das nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass es in der Debatte über die Vergangenheit gegenüber den geschichtsrevisionistischen Angriffen aus Deutschland (und Österreich) die eigene Position behauptet hat.

Ich möchte die Deutsch-Tschechischen Nachrichten abonnieren

- Normalabo (17,50 Euro/Jahr) Förderabo (35 Euro/Jahr)
 plus zusätzliche Exemplare zum Abo-Preis
 von 0,70 Euro/Stück

Name:

Adresse:

Unterschrift: Telefon:

- Ich möchte Lieferung gegen Rechnung
 Ich ermächtige den GNN-Verlag-Süd GmbH widerruflich, den Rechnungsbetrag für das
 Abo der Deutsch-Tschechischen Nachrichten zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Kontonummer: BLZ:

Bank: Unterschrift

Einsenden an: DTN-Redaktion, Schwanthalerstr. 139 Rgb, 80339 München

Renate Hennecke

Wenige Tage vor dem Besuch von Bundeskanzler Schröder in Prag äußerte sich der tschechische Premierminister Vladimír Špidla in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung (vom 1.9.2003) zu den Beziehungen zwischen Tschechien und Deutschland, der bevorstehenden EU-Regierungskonferenz und Stoibers Aussage (auf dem Sudetendeutschen Tag 2003), für ihn mache ein offizieller Besuch in Prag „nur Sinn, wenn dabei über die offene sudetendeutsche Frage gesprochen wird und wenn dabei Vertreter der Sudetendeutschen an meiner Seite sitzen“. Ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ lehnte Špidla – auch in der rot-grünen „europäisierten“ Version – ab. Wir dokumentieren:

SZ-INTERVIEW MIT VLADIMÍR ŠPIDLA

„Das Grundprinzip ist die Gleichberechtigung“

Der tschechische Ministerpräsident befürwortet eine Vertiefung der EU, lehnt aber eine Dominanz stärkerer Staaten ab

SZ: Herr Premier, bis zum Beitritt Tschechiens zur EU bleiben nur noch neun Monate. Macht Sie das ein wenig nervös?

Špidla: Nein, das macht mich nicht nervös, denn es gibt nichts Natürlicheres als den Beitritt Tschechiens zur EU.

SZ: Sie fürchten nicht die Enttäuschung der Tschechen, wenn sich bestimmte Erwartungen nicht erfüllen?

Špidla: Natürlich bringt das Leben Augenblicke mit sich, in denen man merkt, dass manche Dinge anders sind, als man sie sich vorgestellt hat. Aber der Beitritt zur EU wird der Tschechischen Republik einen Aufschwung bescheren. Ich bin davon überzeugt: Wenn abgerechnet wird, fällt das Saldo positiv aus.

SZ: Bundesaußenminister Joschka Fischer hat gerade in Prag dafür geworben, dass die EU in der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik mit einer Stimme spricht. Ihr Präsident Václav Klaus hält das für überflüssig. Stehen Sie näher bei Klaus oder bei Fischer?

Špidla: Mit der Entscheidung über Schengen und die gemeinsame Außengrenze sowie mit dem Euro ist die Notwendigkeit einer Integration auch auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik entstanden. Ich bin mir aber nicht ganz sicher, was eine Stimme Europas sein soll. Ich würde eher sagen, Europa wird die Tendenz zur Mehrstimmigkeit haben.

SZ: Aber Fischer stehen Sie näher als Klaus ...

Špidla: Ich würde sagen, ich stehe der Meinung der Tschechischen Sozialdemokratischen Partei am nächsten.

SZ: Hat nicht der Irak-Krieg gezeigt, dass die europäischen Staaten unfähig sind, eine gemeinsame Außenpolitik zu schaffen?

Špidla: Nein. Die Irak-Krise

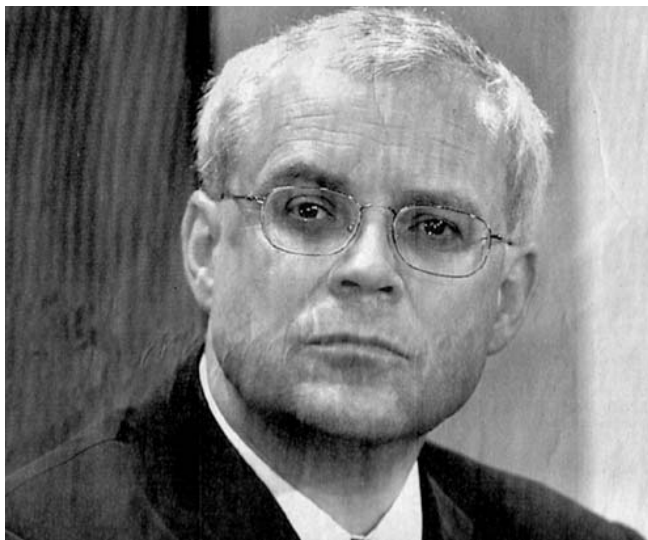
hat nur gezeigt, dass in Europa keine gemeinsame Außenpolitik existiert – weil es keine Konzeption gibt. Und als die Krise kam, konnte man nicht so schnell etwas improvisieren. Aber der Anstoß ist jetzt da. In der Irak-Krise haben wir es nicht bewerkstelligt, aber das bedeutet nicht, dass wir es künftig nicht hinbekommen werden.

SZ: Hat die EU also eine Zukunft als militärische Großmacht?

Špidla: Wenn jemand eine globale Rolle spielen will, muss er über Kapazitäten in allen Bereichen der Macht verfügen, von wirtschaftlicher über kulturelle, politische bis hin zur militärischen. Damit sage ich nicht, Europa sollte eine militärische Supermacht werden. Das ist eine Dummheit, und das ist auf keinen Fall mein Ziel. Aber es kann auch kein militärischer Zwerg sein. Das ist ausgeschlossen.

SZ: Vertreter von 15 europäischen Staaten wurden nach Prag geladen, um vor der Regierungskonferenz über die europäische Verfassung zu diskutieren. Ist es ein guter Anfang für die erweiterte EU, wenn kleine Staaten sich gegen die großen verbünden?

Špidla: Diese 15 Staaten diskutieren –



übrigens auf relativ niedriger Ebene – über die europäische Regierungskonferenz. Diese ist eine außerordentlich bedeutende Angelegenheit, auf die man sich vorbereiten muss. Ein Misserfolg der Regierungskonferenz könnte desintegrativ wirken.

SZ: Den Konflikt zwischen großen und kleinen Staaten sehen Sie nicht?

Špidla: Nein, ich denke nicht, dass es den gibt. Solange die EU ihre Grundlagen, ihre Seele behält, wird die Politik der Union nicht geopolitisch definiert sein – nicht nach Groß und Klein, Nord und Süd. Sie wird geprägt durch wechselnde Koalitionen zur Lösung bestimmter Probleme.

SZ: Sehen Sie bei der Verfechtung der Interessen Tschechiens Deutschland als Verbündeten?

Špidla: Weil Europa – das hoffe ich wenigstens – nicht auf einer geopolitischen Konzeption begründet ist, ist kein Staat von vornherein aus Prinzip ein Verbündeter. Aber Deutschland ist uns sehr nah. Ohne Zweifel gibt es viele gemeinsame Interessen. Ganz klar ist, dass unsere beiden Länder in der Beschäftigungs- und Sozialpolitik die Strategie von Lissabon voll realisieren wollen. Wir sehen auch eindeutig die Nähe zu Deutschland bei der zukünftigen Reform der Landwirtschaft und anderer struktureller Bereiche. Es gibt weit mehr Fragen, in denen wir gemeinsam auftreten können, als Fragen, in denen die Ansichten unterschiedlich sein werden.

SZ: Der deutsche Außenminister sagt, für kleine Staaten sei eine starke EU-Kommission gut und eine starke Kommission sei eine kleine Kommission. Hat er Recht?

Špidla: Wir brauchen eine starke Kommission, da bin ich mit Fischer einverstanden. Aber die Zahl der Kommissare ist nicht die Schlüsselfrage. Es gibt eine technokratische Effizienz und eine politische. Ich bin mir nicht sicher, ob ein Land, das sich nicht repräsentiert fühlt, auch bereit sein wird, eine Entscheidung anzunehmen, die möglicherweise technokratisch schnell gefällt wurde.

SZ: Wie weit kann die Integration der EU für Tschechien gehen?

Špidla: In hundert Jahren?

SZ: Aus heutiger Sicht ...

Špidla: Das Grundprinzip ist die Gleichberechtigung zwischen den einzelnen Staaten Europas. Jegliche Lösung, durch die wir in eine nicht gleichberechtigte Lage geraten würden, wäre für uns unannehmbar.

SZ: Mit anderthalb Jahren

Wortwörtliches von der Website der bayerischen SPD:

„SPD-Vertriebenensprecher Albrecht Schläger kritisiert: Bayern tritt Stiftung ‚Zentrum gegen Vertreibungen‘ nur halbherzig bei. Zögerliche CSU bei SPD-Antrag im Landtag

Das hatte sich der Sprecher für Vertriebenen- und Spätaussiedlerfragen der SPD-Landtagsfraktion, Albrecht Schläger, der gleichzeitig als Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen agiert, einfacher vorgestellt: In einem Antrag, den er im Landtag gemeinsam mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Franz Maget einbrachte, forderte Schläger die Staatsregierung auf, die Voraussetzungen für den Beitritt des Freistaates Bayern zur Stiftung der deutschen Heimatvertriebenen ‚Zentrum gegen Vertreibungen‘ zu schaffen. Dieser Beitritt wird mit einem einmaligen Beitrag von 5 Cent pro Einwohner vollzogen, der noch dazu auf mehrere Haushaltsjahre verteilt werden konnte. (...)

In der Zwischenzeit haben bereits über 400 Kommunen ihre Patenschaft zu der Stiftung erklärt. (...)

Sehr enttäuscht war Albrecht Schläger, als die CSU-Fraktion in den Beratungen des Haushaltsausschusses zunächst mit einem Beitrag von 10.000 Euro argumentierte. Bei 5 Cent pro Einwohner, wie es in der Satzung der Stiftung steht, wären

dies 600.000 Euro gewesen. In der Diskussion erinnerte Albrecht Schläger noch einmal daran, dass der Gesamtbetrag auch auf mehrere Haushaltsjahre verteilt werden könnte.

Nach Schlägers Meinung ist es für den Freistaat Bayern und insbesondere für die CSU blamabel, wenn sie hier weniger einbringt als eine mittelgroße Stadt. Die Stadt Frankfurt ist z.B. mit über 30.000 Euro dabei. Der SPD-Vertriebenensprecher hofft nun, dass sich die CSU-Staatsregierung in Bayern in die Stiftung ‚Zentrum gegen Vertreibungen‘ sobald wie möglich zu den üblichen Konditionen einbringt.“
1.7.2003

EU-Kommission übernimmt Forderung der „Gleichgesinnten“

Aus: Süddeutsche Zeitung: „Die EU-Kommission verlangt deutliche Änderungen am Entwurf der geplanten europäischen Verfassung. In einem 16-seitigen Papier, das die Kommission am heutigen Mittwoch verabschieden will, verlangt die Brüsseler Behörde unter anderem, auch künftig jedem der bald 25 Mitgliedsstaaten das Recht auf einen eigenen EU-Kommissar zuzubilligen. Der unter Leitung von Frankreichs Ex-Präsident Valéry Giscard d'Estaing erarbeitete Vorschlag des Reformkonvents sieht hingegen vom Jahr

2009 an nur noch 15 stimmberechtigte Kommissare vor, so dass jeweils zehn Länder keinen vollwertigen Vertreter mehr in das Brüsseler Kollegium entsenden könnten. Im Streit um die künftige Machtordnung in der EU stellt sich die Kommission damit an die Seite kleiner Mitgliedsstaaten, die vehement das Prinzip ‚ein Land, ein Kommissar‘ verfechten. Sie fürchten, die Brüsseler Behörde werde sonst zu sehr von den Regierungen großer Länder beherrscht, und drohen, ohne eine entsprechende Korrektur die Verfassung zu blockieren.

Um bei 25 oder mehr Kommissaren die Beschlussfähigkeit des Gremiums zu wahren, regt die Brüsseler Behörde nun an, unstrittige Entscheidungen künftig im Kreise nur weniger Kommissare zu fällen. Eine solche ‚Dezentralisierung‘ in kleinere Fachgruppen respektiere die ‚Gleichheit der Mitgliedsstaaten‘. Nur auf Wunsch eines einzelnen Kommissars würde das Kollegium diese Beschlüsse überprüfen. (...)“
(SZ 17.9.2003)

Bundeskanzler Schröder beantwortete die Forderung nach Änderungen am Verfassungsentwurf erneut mit der Drohung, alle derartigen Beschlüsse unnachgiebig zu blockieren. Bei einem Treffen mit Politikern aus den mittelosteuropäischen Ländern in Passau erklärte er, die Chance, nach einem „Aufschnüren des Pakets“ dieses wieder zusammen zu bekommen, und das auch noch auf einem höheren Niveau, sei „gleich Null“.

Verspätung kommt am Freitag Bundeskanzler Gerhard Schröder nach Prag. Werden Sie noch einmal über die Fragen sprechen, die zur Verschiebung des Besuchs geführt haben?

Špidla: Höchstens am Rande. Der Raum für die Politik ist die Zukunft. Das ist die Grundlage. Das ist das Handwerk eines Politikers. Ein Politiker, der nicht auf die Zukunft ausgerichtet ist, sollte etwas anderes tun.

SZ: Aber in Deutschland wird gerade eine Debatte über die Vergangenheit geführt. Es geht um die Schaffung eines deutschen Zentrums gegen Vertreibungen. Schröder hat sich ähnlich wie Sie sehr skeptisch dazu geäußert. Würden Sie sich gemeinsam mit dem Kanzler und dem polnischen Premier für ein europäisches Zentrum gegen Vertreibungen engagieren?

Špidla: Ich sehe überhaupt keinen Grund für eine so umfangreiche internationale Initiative. Ein Zentrum zum Thema Vertreibung kommt mir wirklich nicht richtig vor. Viel bedeutender wäre ein europäisches Zentrum zur Erforschung der Gründe und Folgen von Kriegen. Der Augenblick, als die Kanonen der Schleswig-Holstein vor Danzig geladen wurden und die erste Granate flog, hat die Welt verändert. Das sollte niemand vergessen. Ein

Zentrum, das sich mit totalitären Regimen, Kriegen und deren Folgen befassen würde, das kann ich mir vorstellen.

SZ: Das Thema Vertreibung hätte dort Platz?

Špidla: Natürlich, Umsiedlungen der Bevölkerung, Abschiebungen und andere Transfers spielten sich im Rahmen von Kriegen ab. Aber die Weichen wurden gestellt, als über Krieg und Frieden entschieden wurde.

SZ: Könnten Sie sich ein solches Zentrum auch in Prag vorstellen?

Špidla: Warum nicht, wenn es ein hohes fachliches Niveau hätte.

SZ: Bei Ihrem jüngsten Besuch im Juni in Österreich haben Sie erklärt, dass der Zweite Weltkrieg und die darauf folgenden Schritte, einschließlich der Vertreibung der Sudetendeutschen, aus heutiger Sicht unannehmbare Ereignisse seien. Vor einem Jahr haben Sie unserer Zeitung gesagt, der Abschub sei eine Quelle des Friedens gewesen. Widerspricht sich das nicht?

Špidla: Ich habe nur festgestellt, dass der Transfer eine der Maßnahmen der Alliierten war, um nach dem Blutvergießen und den Katastrophen den europäischen

Frieden zu sichern. Das ist ihnen gelungen. In diesen Kontext ist auch der Transfer der Sudetendeutschen einzuordnen. An dieser Aussage habe ich nichts zu ändern. Ebenso habe ich nichts an dem zu ändern, was ich in Österreich gesagt habe.

SZ: Dem deutsch-tschechischen Zukunftsfonds liegt ein Antrag vor, der eine humanitäre Geste für hart getroffene sudetendeutsche Opfer der Vertreibung vorsieht. Würden Sie es begrüßen, wenn der Verwaltungsrat dem zustimmt?

Špidla: Mit scheint, dass dieses Projekt nicht ganz ausgewogen ist.

SZ: Warum?

Špidla: So, wie ich bisweilen informiert bin, bin ich nicht sicher, ob dieses Projekt den Grundsätzen und Zielen des Zukunftsfonds entspricht.

SZ: Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber würde gern nach Prag kommen – aber nur mit Vertretern sudetendeutscher Organisationen. Wäre er in diesem Falle willkommen?

Špidla: Gerne zu kommen, aber nur unter einer Bedingung – das passt leider nicht zusammen.

Interview: Daniel Brössler und Heiko Krebs

„Gegen ein Europa nationaler Feindseligkeiten“

Präsident Aleksander Kwasniewski erklärt seinen Widerstand gegen ein mögliches „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin

[...] Immer mehr Platz in den polnisch-deutschen Beziehungen nimmt ... die Debatte über die Aussiedlungen von Deutschen in den Jahren 1944-1945 und das Zentrum gegen Vertreibungen ein. [...]

Die Deutschen befinden sich heute in einer wichtigen Phase neuer Identitätsfindung, des Generationswechsels, des Ringens mit dem bösen und gleichzeitig tragischen Erbe ihrer Geschichte. Die Polen könnten anerkennen, dass es sich dabei um innerdeutsche Wirrnisse handelt, in die wir uns nicht einmischen sollten – wenn wir nicht unmittelbar davon betroffen wären. Es kann uns nicht gleichgültig sein, wie unsere Nachbarn die Geschichte bewerten, die wie ein Trauma auf dem Schicksal unseres Volkes und ganz Europas lastete. [...]

Wenn wir einen authentischen Dialog führen wollen, dann muss mit einigen grundlegenden Feststellungen und einigen fundamentalen Fragen begonnen werden, die den Initiatoren eines Berliner Zentrums, das vor allem das Schicksal der deutschen Vertriebenen dokumentieren soll, gestellt werden müssen. Meine Äußerungen bitte ich als Appell um Wahrung des Zusammenhangs – der geschichtlichen Zusammenhänge und der Zusammenhänge in der Zukunft – zu verstehen.

Beginnen wir mit einer klaren Behauptung zum rechtlichen Aspekt des Problems. In Erklärungen des Bundes der Vertriebenen werden die Aussiedlungen als „Unrecht“ bezeichnet, fordert man die Rückgabe des verlorenen Vermögens oder die Zahlung von Entschädigungen. Es ist daran zu erinnern, dass die Deutschen nach der bedingungslosen Kapitulation von Hitlers Truppen ihre gesamte internationale Handlungsfähigkeit verloren haben. Die Besetzung Deutschlands war keine einfache militärische Besetzung nach dem Modell der Vierten Haager Konvention vom Jahre 1907. Die oberste Macht in Deutschland übten vier Mächte aus, die befugt waren, jegliche Entscheidungen hinsichtlich der Grenzen und der Bevölkerung Deutschlands zu treffen und in Potsdam solche Entscheidungen auch getroffen haben. Die Aussiedlungen, vorgenommen durch die Nachkriegsregierung Polens und der Tschechoslowakei, erfolgten in Erfüllung der Beschlüsse der Vier Mächte. Ich wäre heute sehr vorsichtig, mich auf eine Diskussion darüber einzulassen, ob diese Maßnahmen rechtmäßig waren. Das be-

deutet, die Büchse der Pandora zu öffnen. Denn waren angesichts dessen andere Entscheidungen der Siegermächte bezüglich des besiegten Deutschlands rechtmäßig? Sind die Nachkriegsgrenzen in Europa rechtlich begründet? Ich möchte nicht übertreiben, aber es muss daran erinnert werden, womit die Schwierigkeiten auf unserem Kontinent begonnen haben, die letztlich zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges führten: mit der Untergrabung des Versailler Vertrages.

Die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung, die zweifellos schmerzhaft war und viele menschliche Tragödien zur Folge hatte, war kein Verstoß gegen das Völkerrecht. Zitiert werden muss hier Artikel 107 der Charta der Vereinten Nationen, wonach keine Bestimmung der Charta Maßnahmen, die dazu berechnete Regierungen gegenüber einem feindlichen Staat, also vor allem gegenüber Deutschland und Japan, in Folge des Zweiten Weltkrieges ergriffen haben, für ungültig erklären oder ausschließen konnte. Mit anderen Worten – die in der UN-Charta enthaltenen Garantien waren gegenüber dem besiegten Deutschland wirkungslos.

Natürlich standen der deutschen Bevölkerung die grundlegenden Menschenrechte zu, die jeden Menschen immer und überall schützen, unabhängig von den Umständen. Wenn es also bei den Aussiedlungen Unrechtsakte gegeben hat, die auf menschliche Fehler zurückzuführen waren, die bei solchen Maßnahmen unumgänglich sind, sowie auf Verbrechen konkreter Personen, dann müssen diese entschieden verurteilt werden. Unsere Moral, unsere Menschlichkeit gebieten uns, uns in Mitgefühl vor dem Leid jedes unschuldigen Opfers zu verneigen. Für das Unrecht, das Polen Deutschen antan haben, entschuldigte sich auf einer Sitzung beider Kammern des deutschen Parlaments der Außenminister der Republik Polen, Professor Wladyslaw Bartoszewski. Das polnische Institut des Nationalen Gedenkens verfolgt konsequent die Verbrechen, die nicht der Verjährung unterliegen.

Die Unrechtstaten Einzelner müssen jedoch deutlich unterschieden werden von den verbrecherischen Taten der Staaten selbst. Dort, wo die Umsiedlungsaktionen Vernichtungscharakter hatten, sei es in der Absicht oder in der Konsequenz, standen solche Maßnahmen im Widerspruch zu dem Teil des Völkerrechts, das wir jetzt als

humanitäres Recht bezeichnen. Dieser Art waren zahlreiche Umsiedlungsaktionen Hitler-Deutschlands in den besetzten Gebieten. So zu bewerten sind auch die Deportationen von Polen nach Sibirien, wo die Lebensbedingungen nur eine geringe Chance zum Überleben boten. Die Deutschen hingegen blieben im eigenen Land, mit veränderter territorialer Gestalt. Und obwohl sie mit Integrationssschwierigkeiten konfrontiert waren, war ihre Existenz nicht bedroht.

[...] Ob die Befürworter der Idee eines Berliner Zentrums nicht vergessen haben, wessen Politik zu den Aussiedlungen geführt hat? Erinnern sie sich daran, dass – bevor die Deutschen selbst auf der eigenen Haut die Folgen des Hitlerschen Totalitarismus zu spüren bekamen – andere Völker Europas Opfer von Aussiedlungen wurden, vor allem Juden und Polen? Wir erinnern uns stets an die Millionen Juden – polnische Bürger, die aus ihren Häusern geworfen, vom Okkupanten von Ort zu Ort getrieben, in Ghettos eingeschlossen und schließlich ermordet wurden. Zu erinnern ist auch an das Schicksal der 150.000 Polen, darunter polnischer Kinder, die in den Jahren 1942-1943 vom deutschen Besatzer aus dem Gebiet Zamojsc vertrieben wurden, wo ein rein deutsches Gebiet entstehen sollte. [...]

Die Befürworter der Idee, ein Zentrum in Berlin zu errichten, betonen häufig, dass sie die polnischen Reaktionen nicht verstehen. Die polnischen Emotionen und Ängste wundern sie. Setzt man sich jedoch mit dem Ausmaß des Leids, das die Polen durch den Besatzer erfahren haben, gründlich auseinander, dann kann man diese Emotionen sehr gut verstehen. Nicht die Polen laufen wegen des Berliner Zentrums „Amok“. Die Polen können bis heute die Konsequenzen des „Amoklaufs“ nicht abschütteln, in den zwischen 1933 und 1945 viele Deutsche verfielen. [...]

Die Befürworter des Berliner Zentrums scheint die Erinnerung an die Ereignisse zu irritieren, die vor den Aussiedlungen stattfanden und die letztendlich zu den Aussiedlungen geführt haben. Sie erinnern sich doch an die Naziverbrechen, jetzt aber erwarten sie, dass das Thema gewechselt wird. In der Behauptung nämlich, das sei „ein anderes Thema“ steckt der fundamentale Fehler, der die polnische Öffentlichkeit erregt. Die Verbrechen des Dritten Reiches, der Zweite Weltkrieg und die Aussiedlungen sind keine verschiedenen Themen, sondern ein und das selbe. Das Auseinanderreißen der historischen Zusammenhänge ... legt zwangsläufig den Verdacht nahe, dass wir es mit dem Versuch zu tun haben, die historische Bewertung der deutschen Aggression gegenüber anderen sowie den Prozess der „deutschen Selbstvernichtung“ zu revidieren, um mit den Worten Joschka Fischers zu sprechen. [...]

Quelle: Deutsche Welle, Monitor 16.9.2003